

**Sportklinik Stuttgart GmbH
Stuttgart-Bad Cannstatt**

Testatsexemplar
Jahresabschluss und Lagebericht
31. Dezember 2009

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Inhaltsverzeichnis

Bestätigungsvermerk

Rechnungslegung

Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt

Allgemeine Auftragsbedingungen

Hinweis:

Den nachfolgenden Bestätigungsvermerk haben wir, unter Beachtung der gesetzlichen und berufsständischen Bestimmungen, nach Maßgabe der in der Anlage "Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt" beschriebenen Bedingungen erteilt.

Falls das vorliegende Dokument in elektronischer Fassung für Zwecke der Offenlegung im elektronischen Bundesanzeiger verwendet wird, sind für diesen Zweck daraus nur die Dateien zur Rechnungslegung und im Falle gesetzlicher Prüfungspflicht der Bestätigungsvermerk resp. die diesbezüglich erteilte Bescheinigung bestimmt.

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sportklinik Stuttgart GmbH, Stuttgart-Bad Cannstatt, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den Vorschriften der KHBV liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

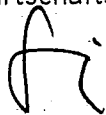
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

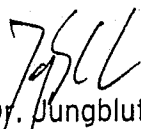
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, 28. April 2010

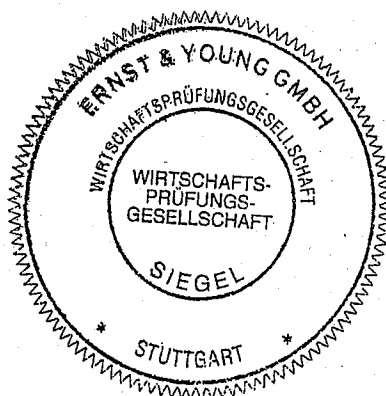
Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Söhnle
Wirtschaftsprüfer



Dr. Jungblut
Wirtschaftsprüfer



Sportklinik Stuttgart GmbH, Stuttgart-Bad Cannstatt
Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktiva	31.12.2008	
	EUR	TEUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Software	76.038,13	22
II. Sachanlagen		
1. Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	3.293.324,00	3.247
2. Technische Anlagen	1.020.915,83	1.150
3. Einrichtungen und Ausstattungen	1.392.449,31	1.166
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>26.938,08</u>	<u>0</u>
	5.733.627,22	5.563
III. Finanzanlagen		
Wertpapiere des Anlagevermögens	153,39	.
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	558.655,26	513
2. Unfertige Leistungen	<u>18.525,21</u>	<u>36</u>
	577.180,47	549
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.105.269,58	1.919
2. Forderungen an Gesellschafter	0,00	46
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach dem KHEntgG EUR 76.940,35 (Vj. TEUR 79)	121.940,35	174
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>311.732,42</u>	<u>268</u>
	2.538.942,35	2.407
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.823.564,87	2.618
C. Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	8.797,81	5
	<u>10.758.304,24</u>	<u>11.164</u>

Passiva			31.12.2008
	EUR	EUR	TEUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.505.000,00		1.505
II. Kapitalrücklage	1.834.380,66		1.834
III. Gewinnrücklagen	647.452,17		438
IV. Jahresüberschuss	458.211,87		210
		4.445.044,70	3.987
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens			
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	855.774,10		915
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	4,09		.
		855.778,19	915
C. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		1.646.091,60	1.596
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.561.045,00		2.901
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	325.114,39		969
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter	13.011,16		0
4. Sonstige Verbindlichkeiten	912.219,20		796
davon aus Steuern EUR 174.378,38 (Vj. TEUR 111)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 17.685,77 (Vj. TEUR 5)			
		3.811.389,75	4.666
		<u>10.758.304,24</u>	<u>11.164</u>

**Sportklinik Stuttgart GmbH, Stuttgart-Bad Cannstatt
Gewinn- und Verlustrechnung für 2009**

	EUR	EUR	EUR	2008 TEUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen		13.617.338,36		10.817
2. Erlöse aus Wahlleistungen		397.305,96		323
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses		789.831,24		773
4. Nutzungsentgelte der Ärzte		2.052.264,38		1.821
5. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen		-16.836,00		6
6. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand		2.000,00		0
7. Sonstige betriebliche Erträge		743.352,43		613
davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre EUR 68.304,65 (Vj. TEUR 87)				
		<u>17.585.256,37</u>		<u>14.353</u>
8. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	6.424.602,54			4.997
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.559.441,49			1.287
davon für Altersversorgung EUR 487.769,68 (Vj. TEUR 401)				
		<u>7.984.044,03</u>		<u>6.284</u>
9. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.221.779,70			3.909
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.248.565,52			1.247
		<u>5.470.345,22</u>		<u>5.156</u>
		<u>13.454.389,25</u>		
Zwischenergebnis			4.130.867,12	2.913
10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen				
- Fördermittel nach dem KHG		199.868,46		1.147
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten		259.382,46		232
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten nach dem KHG		199.868,46		1.147
13. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		685.097,28		376
14. Sonstige betriebliche Aufwendungen		3.168.502,05		2.606
davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre EUR 14.314,25 (Vj. TEUR 0)				
		<u>-3.594.216,87</u>		<u>-3.594.216,87</u>
Zwischenergebnis			536.650,25	163
15. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			104.269,99	125
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			195.387,61	68
17. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			445.532,63	220
18. Steuern			-12.679,24	10
davon vom Einkommen und vom Ertrag EUR -16.795,81 (Vj. TEUR 6)				
19. Jahresüberschuss			458.211,87	210

Sportklinik Stuttgart GmbH, Stuttgart-Bad Cannstatt

Anhang für 2009

1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung nach den Vorschriften der §§ 242 bis 256 und §§ 264 bis 288 HGB sowie den Sondervorschriften des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Ergänzend kamen die Bestimmungen der Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) zur Anwendung.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und die Sachanlagen sind zu Anschaffungskosten abzüglich der nach § 253 Abs. 2 HGB notwendigen und planmäßig vorgenommenen Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden nach der linearen Methode ermittelt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter (Anschaffungskosten bis EUR 150,00 ohne Umsatzsteuer) werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter (Anschaffungskosten größer 150,00 EUR bis EUR 1.000,00 ohne Umsatzsteuer) werden nach § 6 Absatz 2 EStG als Sammelposten über 5 Jahre abgeschrieben.

Weitere Nutzungsdauern:

Immaterielle Vermögensgegenstände	3 - 5 Jahre
Technische Anlagen	10 - 25 Jahre
Einrichtungen und Ausstattungen	5 - 15 Jahre
Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	14 - 25 Jahre

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind, soweit sie über das Materialwirtschaftsprogramm verwaltet werden, zum Niederstwert aus durchschnittlichen Anschaffungskosten und den letzten Einstandspreisen unter Berücksichtigung von Boni und Rabatten bewertet. Nicht verwendbare Bestände blieben ohne Ansatz.

Die Ermittlung der unfertigen Leistungen (über den Bilanzstichtag hinaus im Krankenhaus behandelte Patienten) ist zu Herstellungskosten der Leistungen vorgenommen worden. Dabei wurden die Fallkosten je DRG entsprechend der InEK-Fallkostenskalkulation ermittelt. Ein Risikoabschlag in Höhe von 20 % wurde vorgenommen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit ihren Nominalbeträgen bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens sind gemäß § 5 Abs. 2 und 3 KHBV gebildet und werden dem Abschreibungsverlauf der geförderten Investitionen gemäß aufgelöst. Die sonstigen Rückstellungen sind mit dem vorsichtig geschätzten Erfüllungsbetrag angesetzt.

Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag ausgewiesen.

3. Erläuterungen zur Bilanz

a) Anlagevermögen

Sachanlagen

Der Anlagennachweis gemäß § 4 Abs. 1 KHBV ist diesem Anhang zu entnehmen.

b) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Restlaufzeiten liegen bis auf das Körperschaftsteuerguthaben in Höhe von TEUR 4 (Vj. TEUR 4), das seit 2008 rätierlich bis 2017 ausbezahlt wird, wie im Vorjahr durchweg unter einem Jahr.

c) Eigenkapital

Das Eigenkapital (gezeichnetes Kapital, Kapitalrücklage und Gewinnrücklagen) beträgt TEUR 4.445 (Vj. TEUR 3.987) und wurde teilweise durch Sacheinlagen erbracht. Die Gewinnrücklage erhöhte sich um den Jahresüberschuss 2008.

d) Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten:

	2009 TEUR	2008 TEUR
Für Personal	292	281
Ausstehende Rechnungen	0	478
Instandhaltung	855	610
MDK-Risiko	407	118
Archivierung	76	76
Sonstige	16	33
	<u>1.646</u>	<u>1.596</u>

e) Verbindlichkeiten

Die Zusammensetzung und Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten gehen aus der nachfolgenden Darstellung hervor (in Klammer Vorjahr):

	Gesamt TEUR	davon mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr TEUR	2 bis 5 Jahren TEUR	über 5 Jahren TEUR	Gesichert mit TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.561 (2.901)	335 (340)	1.266 (1.346)	960 (1.215)	3.023 Grundschild (3.023 Grundschild)
aus Lieferungen und Leistungen	325 (969)	325 (969)	0 (0)	0 (0)	- (-)
Sonstige	925 (796)	925 (796)	0 (0)	0 (0)	- (-)
	<u>3.811</u>	<u>1.585</u>	<u>1.266</u>	<u>960</u>	

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Aufgliederung der Umsatzerlöse von TEUR 16.857 (Vj. TEUR 13.734) geht aus den GuV-Posten 1 bis 4 hervor.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge (TEUR 203; Vj. TEUR 173) enthalten, die sich im Wesentlichen aus Erträgen aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre (TEUR 68, Vj. TEUR 87), Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 37, Vj. TEUR 8) sowie Erträgen aus zusätzlichen Bonuszahlungen (TEUR 52, Vj. TEUR 25) zusammensetzen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten Forderungsabschreibungen (TEUR 8, Vj. TEUR 12), Aufwendungen aus der Erhöhung der Einzelwertberichtigung (TEUR 19, Vj. TEUR 17), zurückgestellte Aufwendungen aus Reklamationen des medizinischen Dienstes der Krankenkassen für das Geschäftsjahr (TEUR 345, Vj. TEUR 145) bzw. für die Vorjahre (TEUR 115, Vj. TEUR 31), Aufwendungen aus Ausgleichsbeträgen früherer Jahre (TEUR 14, Vj. TEUR 0) sowie andere periodenfremde Aufwendungen (TEUR 51, Vj. TEUR 24).

5. Ergänzende Angaben

a) Haftungsverhältnisse

Bezüglich der Zusatzversorgung der Arbeitnehmer der Sportklinik Stuttgart GmbH liegt eine mittelbare Pensionsverpflichtung nach Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB vor. Die über eine Zusatzversorgungskasse abzuwickelnden Versorgungsleistungen der Arbeitnehmer der Sportklinik Stuttgart GmbH führen zu einer Subsidiärhaftung des entsprechenden Arbeitgebers, die zu einer mittelbaren Pensionsverpflichtung der Gesellschaft führt. Eine Passivierungspflicht besteht für derartige Verpflichtungen nach Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB nicht.

Nach Artikel 28 Abs. 2 EGHGB besteht jedoch die Verpflichtung, den Betrag der in der Bilanz nicht ausgewiesenen Pensionsrückstellungen im Anhang anzugeben. Da der verlässlichen Betragsangabe im Anhang praktische Schwierigkeiten der Ermittlung seitens der Zusatzversorgungskasse entgegenstehen, werden entsprechend den Äußerungen des IDW qualitative Angaben über die Art und den Umfang der mittelbaren Verpflichtungen wie folgt gemacht:

Die Sportklinik Stuttgart GmbH ist als Arbeitgeber Mitglied bei der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands Baden-Württemberg, die ihren Sitz in Karlsruhe hat. Während der Zeit der Beschäftigung der Arbeitnehmer besteht für die Sportklinik Stuttgart GmbH eine Umlagepflicht, die einerseits aus der Versicherungsrentenverpflichtung und andererseits aus der Versorgungsrentenverpflichtung besteht, wobei die Ansprüche aus der Versorgungsrente höher sind als die aus der Versicherungsrente. Einzelheiten hierzu sind in der Satzung der Zusatzversorgungskasse geregelt. Die Summe der umlagepflichtigen Gehälter im Geschäftsjahr 2009 beträgt etwa TEUR 5.809 (Vj. TEUR 6.055) bei einem Umlagesatz von 5,35 % (Vj. 5,35 %) zuzüglich einer Sanierungsumlage von 2,2 % (Vj. 2,3 %).

Im Geschäftsjahr wurden Aufwandsentschädigungen für den Aufsichtsrat in Höhe von EUR 7.522 (Vj: EUR 8.260) bezahlt.

Die Angabe zu den Gesamtbezügen der Geschäftsführung unterbleibt nach § 286 Abs. 4 HGB.

f) Nahestehende Personen

Im Geschäftsjahr wurden Vergütungen für Unternehmungen (Pepper & Salt, Agentur für Marketing und Organisation GmbH) unter Beteiligung von Aufsichtsratsmitgliedern (Herr Michael Stümpflen) in Höhe von EUR 38.354,56 aufgewendet.

g) Gewinnverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt (in Übereinstimmung mit dem Aufsichtsrat) vor, den Jahresüberschuss von EUR 458.211,87 in die Gewinnrücklagen einzustellen.

Stuttgart, 27. April 2010

Jürgen Zimmermann
Geschäftsführer

Anlagennachweis 2009

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Software

Entwicklung der Anschaffungswerte				Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte	
1.1.2009	Zugang	Abgang	31.12.2009	1.1.2009	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Entnahme für Abgänge	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
392.792,17	91.948,24	0,00	484.740,41	370.238,08	38.464,20	0,00	408.702,28	76.038,13	22.554,09

II. Sachanlagen

1. Betriebsbauten auf fremden Grundstücken
2. Technische Anlagen
3. Einrichtungen und Ausstattungen
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

3.332.355,89	234.731,53	0,00	3.567.087,42	85.212,89	188.550,53	0,00	273.763,42	3.293.324,00	3.247.143,00
2.664.296,84	0,00	77,57	2.664.219,27	1.504.479,01	128.824,43	0,00	1.633.303,44	1.020.915,83	1.149.817,83
5.756.562,58	557.816,06	85.431,19	6.228.937,45	4.590.823,81	329.258,12	83.593,79	4.836.488,14	1.392.449,31	1.165.728,77
0,00	26.938,08	0,00	26.938,08	0,00	0,00	0,00	0,00	26.938,08	0,00
11.743.205,31	819.485,67	85.508,76	12.477.182,22	6.180.515,71	646.633,08	83.593,79	6.743.555,00	5.733.627,22	5.562.689,60

III. Finanzanlagen

Wertpapiere des Anlagevermögens

153,39	0,00	0,00	153,39	0,00	0,00	0,00	0,00	153,39	153,39
12.136.150,87	911.433,91	85.508,76	12.962.076,02	6.550.753,79	685.097,28	83.593,79	7.152.257,28	5.809.818,74	5.585.997,08

Lagebericht 2009 der Sportklinik Stuttgart GmbH, Taubenheimstraße 8 in 70372 Stuttgart (Bad Cannstatt)

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen 2009

Die Sportklinik ist im Wesentlichen auf dem Gebiet der Sportmedizin mit den Bereichen Chirurgie, Orthopädie, Physikalische Therapie tätig.

Das Regierungspräsidium Stuttgart hat am 21.10.1999 nach § 7 LKHG i. V. m. § 8 KHG aus Anlass des Trägerwechsels einen Feststellungsbescheid erteilt, nach dem die Sportklinik Stuttgart mit Wirkung vom 01.01.1999 in der gemeinsamen Trägerschaft der Sporthilfe Württemberg e.V. und der Sport-Med Stuttgart GmbH mit der bisherigen Planbettenzahl (80) in den Krankenhausplan des Landes aufgenommen wurde.

Der Name des Krankenhauses ist weiterhin „Sportklinik Stuttgart“. Die Klinik wird wie bisher als freigemeinnütziges Krankenhaus geführt. Als Fachkrankenhaus wird die Klinik keiner Leistungsstufe zugeordnet.

Am 20.12.2007 wurde der Gesellschafterbeschluss gefasst, der Veräußerung und Übertragung des Geschäftsanteils des Württembergischen Landessportbund e.V. (WLSB e.V.) an den Sporthilfe Württemberg e.V. zuzustimmen. Beim Notar wurde der Geschäftsanteilsveräußerungsvertrag unter der aufschiebenden Bedingung beurkundet, dass zwischen dem Verein Sporthilfe Württemberg e.V. und der Landeshauptstadt Stuttgart ein Vertrag über den Erwerb eines (Teil-) Geschäftsanteils von 49 % an der Sportklinik Stuttgart GmbH abgeschlossen wird.

Nach dem Rückkauf des Gesellschaftsanteils des WLSB e.V. hat der Sporthilfe Württemberg e.V. als alleiniger Gesellschafter am 21.02.2008 49 % der Geschäftsanteile an der Gesellschaft an die Landeshauptstadt Stuttgart verkauft. Das Bundeskartellamt hat dem Erwerb des Geschäftsanteils durch die Landeshauptstadt Stuttgart am 14.05.2008 zugestimmt; der Vollzug der Beteiligung wurde dem Bundeskartellamt am 30.05.2008 angezeigt.

Das Regierungspräsidium Stuttgart hat am 11.03.2008 bestätigt, dass aufgrund des Wechsels in der Gesellschafterstruktur weder erteilte Fördermittel widerrufen noch gewährte Fördermittel zurückgefordert werden.

Die Gemeinnützigkeit wurde zuletzt mit Bescheid vom 24.06.2009 vom Finanzamt Stuttgart-Körperschaften für das Jahr 2007 bestätigt.

Die Umstellung des DRG-Katalogs 2008 auf 2009 hat zu einer weiteren Spreizung der DRGs (+55 auf insgesamt 1192) geführt; Bewertungen wurden teilweise angepasst. Die Veränderungsrate nach § 71 SGB V lag 2009 bei 1,41 %.

Umbau

Auf Ebene 3 wurden weitere Zimmer (2 x Dreibettzimmer) revitalisiert, so dass die Klinik jetzt über eine angemessene Bettenausstattung verfügt. Diese Maßnahme hat zu einer weiteren Einschränkung der Behandlungsmöglichkeiten in der Physiotherapie geführt. Aus diesem Grund wurden im EG der Martin-Luther-Str. 1 zusätzliche Behandlungsräume und in der Martin-Luther-Str. 3 weitere Büroräume eingerichtet.

Budget- und Entgeltvereinbarung

Im Dezember 2009 wurde rückwirkend zum 01.01.2009 eine neue Entgeltvereinbarung mit den Krankenkassen abgeschlossen, welche zum 01.01.2010 in Kraft getreten ist. Infolge der Streckung des letzten Konvergenzschrittes konnten die Mehrleistungen nur mit einem kränkenhausindividuellen Abschlag (22 %) auf den Landesbasisfallwert 2009 (2.917,18 EUR) vereinbart werden. Nach 3.981 Fällen mit 4.060,640 Casemixpunkten in 2008 wurden 2009 4.559 Fälle (+578 Fälle Mehrleistungen) mit 4.880,987 Casemixpunkten (+ 820,347) vereinbart.

Qualitätsmanagement

Das Qualitätsmanagementsystem wurde weiterentwickelt. Zahlreiche Prozesse/Kapitel wurden zwischenzeitlich fertiggestellt und freigegeben. Bereits während der Prozessbeschreibung konnte eine Vielzahl von Verbesserungen in den Abläufen umgesetzt werden. Im 2. Halbjahr 2009 wurde mit den internen Audits begonnen. Diese bilden die Basis für die regelmäßige Überprüfung und Aktualisierung des Qualitätsmanagementsystems. In den bereits durchgeführten Audits konnten insbesondere Schnittstellenprobleme in der interdisziplinären Zusammenarbeit identifiziert und durch strukturierte Maßnahmen beseitigt werden.

Leistungsentwicklung

Der Leistungsmix ambulant – stationär hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht nennenswert verändert. Durch die Vereinbarung von Mehrleistungen im stationären Bereich +578 Fälle (Vorjahr + 123 Fälle) wurden 2009 89 % der Fälle stationär (2008 90 %) und 11 % ambulant (2008 10 %) erbracht.

Trotz der Zunahme der Direktaufnahmen, hier handelt es sich um Patienten, die am Tag der OP aufgenommen werden (Anteil lag 2003 bei 8,6 %, 2009 bei 26,4 %) bewegt sich die Verweildauer (VD) mit 4,5 Tagen auf dem Niveau des Vorjahres. Dies erklärt sich aus der Zunahme schwieriger Operationen und ist einer der Gründe dafür, dass die VD sich in diesem Zeitraum trotz der Zunahme der Fallschwere nicht erhöht hat.

Stationersetzende Maßnahmen wurden durch mehr und schwierigere Fälle kompensiert, dies unterstreicht auch der Anstieg des CMI.

Im Verbund mit dem Musculo-Skelettalen-Zentrum des Klinikums Stuttgart wurde in der zweiten Jahreshälfte 2009 als weitere Spezialisierung die Neuro-Orthopädie eingeführt. Dieser Bereich wird 2010 weiter ausgebaut.

Ungeachtet der hausinternen Strategie, das stationäre Leistungsspektrum durch Vertiefung der Spezialisierung mit schwierigeren Fällen zu steigern, ist für die nächsten Jahre tendenziell - dies ist nach wie vor politisch so gewollt - mit einer zunehmenden Verlagerung vom stationären in den ambulanten Bereich zu rechnen.

Bei den Ambulanten Operationen hat sich die Tendenz niedrigerer Abrechnungsbeträge aus dem Vorjahr fortgesetzt.

Die Auslastung der regelmäßig verfügbaren 80 Planbetten lag im Jahresdurchschnitt bei 70 %.

Nicht beeinflussbare Kostensteigerungen (Tariferhöhung, Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze, Beitragssatzsteigerungen und Sachkostenerhöhungen) bei vorgegebener Budget- und Leistungsdeckelung wirken sich negativ auf das Betriebsergebnis aus.

Für Notfälle erhält das Krankenhaus jetzt die gleiche Vergütung wie ein niedergelassener Vertragsarzt. Die Notfallvergütung deckt aber nach wie vor nicht die tatsächlichen Fallkosten. Die Honorarverteilung speziell für die Orthopäden in Baden-Württemberg birgt neues Konfliktpotential (Verlängerung der Konvergenzregelung).

Personal

Die Personalstruktur hat sich gegenüber dem Vorjahr um 18,8 VK erhöht. Diese resultiert aus der Einrichtung einer eigenen Anästhesieabteilung und einer deutlichen Personalaufstockung mit der Inbetriebnahme des Chirurgischen Zentrums.

Die Arbeitsverträge werden in Anlehnung an den BAT/TVöD geschlossen. Die GmbH ist anstelle der Sporthilfe Württemberg e.V. Mitglied der Kommunalen Zusatzversorgungskasse und hat damit die Ansprüche der vollständig auf die GmbH übergeleiteten Mitarbeiter gesichert.

Kooperationen

Betriebsarzt, Hygienefachkraft und die Fachkraft für Arbeitssicherheit werden in Kooperation mit anderen Kliniken eingesetzt; weitere Kooperationen und vertragliche Bindungen bestehen hinsichtlich der Apothekenbelieferung, der Leitung der Anästhesie, Labor, Datenschutz, Sana-mts (Medizintechnik) und mit der TGmed GmbH im Bereich des technischen und infrastrukturellen Gebäudemanagements. Der aus strategischen Gründen in 2008 begonnene Bezug externer Dienstleistungen über das Klinikum Stuttgart wurde 2009 weiter ausgebaut. Die Apothekenbelieferung durch das Karl-Olga-Krankenhaus und die Betreuung der Medizintechnik durch die Sana-mts wurden zum 31.12.2009 gekündigt. Die Versorgung und Betreuung übernimmt zum 01.01.2010 das Klinikum Stuttgart.

Die Klinik kooperiert mit niedergelassenen Orthopäden mit stationären Spezialleistungen im Bereich der Thermokoagulation in Räumen und an Patienten der Klinik.

2. Vermögens-Finanz und Ertragslage

Im Berichtsjahr konnte ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 458 TEUR erzielt werden.

Die Ergebnisverbesserung im Vergleich zum Vorjahr ist hauptsächlich auf die Leistungsausweitung zurückzuführen.

Investitionen

2009 wurden Investitionen (ohne Anlagen im Bau) in Höhe von 885 TEUR (VJ 4.475 TEUR) vorgenommen.

Wartung/Instandhaltung

Der Wartungs- und Instandhaltungsaufwand betrug 2009 1.438 TEUR (VJ 1.215 TEUR).

Der Vorgriff auf die pauschalen Fördermittel des Landes nach § 15 LKHG hat sich 2009 um +433.471,33 EUR (VJ +336.416,90 EUR) erhöht.

Die Zahlungsfähigkeit der Klinik war in 2009 jederzeit sichergestellt.

Die Gesellschaft verfügt über eine solide Eigenkapitalbasis.

Insgesamt stellt sich die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Klinik zufrieden stellend dar.

Liquidität

Die flüssigen Mittel der Gesellschaft haben im Vergleich zum Vorjahr um 794 TEUR abgenommen. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Abrechnung der Baumaßnahmen Lüftungszentrale und Chirurgisches Zentrum.

Die Streckung des letzten Konvergenzschrittes hat die Liquidität 2009 verschlechtert; der Ausgleich erfolgt in 2010.

Die Liquiditätslage war jederzeit solide.

3. Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

4. Risikobericht

Die durch das 2. FP-Änderungsgesetz eingeführte Verlängerung der Konvergenzphase von drei auf fünf Jahre (2005 bis 2009) verzögert die notwendige Budgeterhöhung. Das Gesetz zum ordnungspolitischen Rahmen der Krankenhausfinanzierung ab dem Jahr 2009 (Krankenhausfinanzierungsreformgesetz – KHRG) vom 17. März 2009 wurde am 24. März 2009 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Bis auf Art. 2 Nr. 8b und Art. 3 Nr. 4 des Gesetzes traten alle anderen Vorschriften am Tag nach der Verkündung in Kraft. Dieses Gesetz beinhaltet unter anderem die Streckung des letzten Konvergenzschrittes über einen krankenhaushausindividuellen Abschlag für das Jahr 2009.

Für die Sportklinik als Konvergenzgewinner bedeutet dies, dass die für 2009 geplante Budgetanhebung infolge der Vereinbarung von Mehrleistungen nicht zu 100 % des Landesbasisfallwerts sondern infolge des hausindividuellen Abschlags geringer ausgefallen ist. Damit entfällt die Möglichkeit, Finanzierungslücken z.B. für über der Veränderungsrate liegende Tarifsteigerungen (Tarifsteigerungen aus 2008 und 2009 wurden 2009 als Tarifberichtigung über den landesweiten Basisfallwert nur anteilig finanziert) zu kompensieren.

Das KHRG enthält noch weitere Änderungen, deren Auswirkungen im Ausmaß derzeit noch nicht einschätzbar sind:

Hierbei handelt es sich um die Angleichung der Landesbasisfallwerte an einen einheitlichen Basisfallwertkorridor von 2010 bis 2014 (neue Konvergenz!), die Ermittlung eines Orientierungswertes zur Erfassung der Kostenentwicklung im Krankenhausbereich als Alternative zur strikten Grundlohnsummenanbindung (frühestens ab 2011) und die grundsätzliche Ermittlung des Erlösbudgets unter Zugrundelegung des landesweiten Basisfallwerts.

Die im KHRG beschlossene Änderung im Bereich der Investitionsfinanzierung durch Einführung von Investitionspauschalen im DRG-Bereich wird ab 2012 wirksam.

Weitere Kataloganpassungen und die Priorisierung „stationersetzender Maßnahmen“ und ambulanter Behandlungsmöglichkeiten stellen zusätzliche Risiken dar.

Die Krankenhauslandschaft ist im Umbruch; in Baden-Württemberg werden in den nächsten Jahren weitere Betten abgebaut werden. Konzentration mit Zentrenbildung, Fallpauschalenanpassung, demographischer Wandel, Ärztemangel, die zunehmenden Probleme bei der Gewinnung von Anästhesie- und OP-Mitarbeitern lauten einige Stichworte. Die Auswirkungen der Änderungen im Weiterbildungsrecht der Ärzte (neuer Facharzt für Orthopädie und Unfallchirurgie) bringen weitere Änderungen mit sich und der Engpass im Zusammenhang mit dem Pflichteinsatz mit einem halben Jahr auf einer Intensivabteilung erschwert die Facharztausbildung.

Die Übertragung des Einzugs von Zuzahlungen auf die Krankenhäuser führt zu einer weiteren Zunahme der Bürokratisierung, zur Verschlechterung der Liquidität (Vergütungsanspruch der Krankenhäuser gegenüber den Krankenkassen verringert sich um die Zuzahlung) und führt zu zusätzlichen Belastungen.

Die Einzelfallprüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen haben gegenüber dem Vorjahr weiter zugenommen. Diese bergen das Risiko erhöhter Erlöskorrekturen.

Durch die aktuellen Probleme der Finanzkrise hat der Druck auf die Sozialversicherungssysteme weiter zugenommen. Anhaltende Kurzarbeit und Stellenabbau führen zu gewaltigen Einnahmeverlusten in der gesetzlichen Sozialversicherung, so dass weitere restriktive Kostensenkungsmaßnahmen zu erwarten sind. Wie sich dies auf die Weiterentwicklung des DRG-Systems auswirken wird ist derzeit nicht einschätzbar.

Weitere Risiken ergeben sich aus der Ungewissheit zu erwartender Reformen im Gesundheitswesen.

5. Prognosebericht

Mit Inbetriebnahme der „Lüftungszentrale“ und des „Chirurgischen Zentrums“ wurden die Kapazitäten dem Bedarf angepasst und die Betriebssicherheit deutlich gesteigert. Die Auslastung der neuen Kapazitäten verlief planmäßig.

MRT-Bereich

Nach dem Anstieg der MRT-Untersuchungszahlen in 2009 wird auch für 2010 ein weiterer Anstieg der MRT-Untersuchungen erwartet.

Neuro-Orthopädie

In 2009 wurde das Leistungsangebot durch Einführung einer konservativen Wirbelsäulenspezialsprechstunde für Sportler mit Rückenproblemen ergänzt. Für diesen Bereich wird für 2010 eine Kassenermächtigung beantragt. Durch die Einführung einer weiteren Kassensprechstunde in 2010 sind weitere Fallzahlsteigerungen und zusätzliche Erlöse zu erwarten.

DRG-Kalkulation

2010 nimmt die Klinik am Kalkulationsverfahren des InEK für das Datenjahr 2009 teil. Dies ist die Basis für den weiteren Ausbau des Controllings und die Optimierung der Betriebsabläufe.

Qualitätsmanagement

Durch Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements (EFQM) wird der gute Ruf des Hauses gesichert und erhalten. Kern der Anstrengungen ist die Dokumentation und Verbesserung der Prozesse rund um den Patienten und die Messung der Patientenzufriedenheit.

Wie in den vergangenen Jahren ist auch für die Zukunft mit einer guten Auslastung der Klinik zu rechnen.

Praxis im SpOrt

Die Beteiligten der SpOrtMedizin haben ein neues Betriebskonzept für die Praxis im SpOrt entwickelt. Das neue Konzept wurde den Gremien und Entscheidungsträgern vorgestellt und wird zum 01.02.2010 durch Gründung der SpOrt Medizin Stuttgart GmbH umgesetzt.

Die Sportklinik Stuttgart ist Kooperationspartner der SpOrt Medizin Stuttgart GmbH.

Sonstiges

Durch die Realisierung der Instandhaltungsmaßnahmen wird die Gebäudesubstanz und Ausstattung der Klinik Zug um Zug verbessert.

In 2010 stehen weitere Baumaßnahmen an. Der Empfangsbereich auf Ebene 3 wird brand-schutztechnisch aufgerüstet und der Bau einer neuen Zentralsterilisation stehen an.

Geschäftsentwicklung 2010

Der bisherige Verlauf des Geschäftsjahres 2010 hinsichtlich der Leistungsentwicklung entspricht den Erwartungen. Die finanziellen Verhältnisse sind geordnet. Für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 kann von einer weiteren Ergebnisverbesserung ausgegangen werden.

70372 Stuttgart, 28. April 2010

Jürgen Zimmermann

Der Geschäftsführer

Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt

Wir, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, haben unsere Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung im Auftrag der Gesellschaft vorgenommen. Neben der gesetzlichen Funktion der Offenlegung (§ 325 HGB) in den Fällen gesetzlicher Abschlussprüfungen richtet sich der Bestätigungsvermerk ausschließlich an die Gesellschaft und wurde zu deren interner Verwendung erteilt, ohne dass er weiteren Zwecken Dritter oder diesen als Entscheidungsgrundlage dienen soll. Das in dem Bestätigungsvermerk zusammengefasste Ergebnis von freiwilligen Abschlussprüfungen ist somit nicht dazu bestimmt, Grundlage von Entscheidungen Dritter zu sein, und nicht für andere als bestimmungsgemäße Zwecke zu verwenden.

Unserer Tätigkeit liegen unser Auftragsbestätigungsschreiben zur Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung, die Besonderen Auftragsbedingungen für Prüfungen und prüfungsnahen Tätigkeiten der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Stand 1. Juli 2007) sowie die "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der vom Institut der Wirtschaftsprüfer herausgegebenen Fassung vom 1. Januar 2002 zugrunde.

Klarstellend weisen wir darauf hin, dass wir Dritten gegenüber keine Verantwortung, Haftung oder anderweitige Pflichten übernehmen, es sei denn, dass wir mit dem Dritten eine anders lautende schriftliche Vereinbarung geschlossen hätten oder ein solcher Haftungsausschluss unwirksam wäre.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir keine Aktualisierung des Bestätigungsvermerks hinsichtlich nach seiner Erteilung eintretender Ereignisse oder Umstände vornehmen, sofern hierzu keine rechtliche Verpflichtung besteht.

Wer auch immer das in vorstehendem Bestätigungsvermerk zusammengefasste Ergebnis unserer Tätigkeit zur Kenntnis nimmt, hat eigenverantwortlich zu entscheiden, ob und in welcher Form er dieses Ergebnis für seine Zwecke nützlich und tauglich erachtet und durch eigene Untersuchungshandlungen erweitert, verifiziert oder aktualisiert.